

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 149.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 198.

Erste Ausgabe

Mittwoch, 29. März 1905.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. u. Abh. u. d. Post.
Verlag: Dr. Walter Gedenken in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 8.
Telephon Amt VII Nr. 11494.
Druck und Verlag von Otto Zille in Halle a. S.

Die Berggesetze im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann am Montag bei starker Besetzung und gutbesetzter Tribüne die erste Lesung der beiden Berggesetznovellen. Die Beratung eröffnete Ministerpräsident Graf Bülow, der die beiden Entwürfe als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie bezeichnete und versicherte, es handle sich nicht um ein Gelegenheits- oder Verlegenheitsgesetz. Das Entgegenkommen der Staatsregierung habe den Streik verfürzt, Not und Elend vermindert und damit der Sozialdemokratie entgegengekömmt. Nachdem nun Minister Moeller Einzelheiten der Entwürfe begründet hatte, betonte Abg. Dr. v. Heydebrandt (konf.), seine Partei stelle sich bei der Prüfung der Vorlagen weder einseitig auf den Standpunkt des Arbeiters noch des Arbeitgebers. Über das Schließen der Zechen, das Wagnis und den sonstigen Maximalarbeitszeit werde sich eine Verständigung leicht finden lassen. Schwieriger sei eine Verständigung hinsichtlich der Arbeiterauschüsse. Man dürfe nicht vergessen, daß auch der Arbeitgeber fernerhin Lust und Freude hat am Leben behalten muß. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat Abg. Schiffer (nl.), während Abg. Kirck-Berlin (fr. Rp.) die Vorlagen nicht weit genug gingen. Abg. Dr. Spahn (Z.) stellte sich auf den Boden der beiden Entwürfe. Am Schluß der Sitzung ludte Ministerpräsident Graf Bülow einzelne Einwendungen der Vorredner zu entkräften. Am heutigen Dienstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Wie bekannt, haben die Vorschläge des preussischen Ministeriums zur Abänderung der Berggesetzgebung beim Bergbau Deutschlands eine einmütige Ablehnung erfahren. Der Bergbau geht freilich dabei ausschließlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus und zwar, wie in den Schriftstücken des Bergbauvereins des Oberbergamtsbezirks Dortmund ausdrücklich betont wird, um Verhütung der politischen Risiken, welche etwa zu einer abweichenden Stellung führen könnten. Schon aus dem ersten Tage der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus am gestrigen Montag erhellt, daß das Gaus zu dem Beschluß gelangen wird, beide Vorlagen an eine Kommission zu verweisen behufs Einzelberatung ihres Inhalts. Die bergbaulichen Vereine werden dabei dem Vertrauen leben können, daß die von ihnen gegen die Vorlagen vorgebrachten sachlichen Bedenken bei der Einzelberatung nach ihrem vollen Werte werden gewürdigt werden.

Was die vorgeschlagenen Maßnahmen angeht, so sichts im Vordergrund des allgemeinen Interesses die Abschaffung des sogenannten Nullens. Es wird dabei nach der Meinung der bergbaulichen Vereine verkannt, daß gerade diese Maßregel die mildeste Art ist, auf welche eine geregelte Förderfähigkeit sowohl in Bezug auf Quantität als Qualität bei den Zechen herbeigeführt werden kann. Dies zeigt sich am deutlichsten bei den Braunkohlenbetrieben, wo es auch die Regel ist, ungenügend oder sonst unvorrichtsmäßige Wagen zu nullen. Bei der verhältnismäßig großen Leistung handelt es sich für den Mann nur um einige Pfennige als Lohnausfall. Die Leute empfinden es aber als eine gewisse Entkräftung, wenn sie sehen, daß ihnen der jener Wagen getriden worden ist und machen sich erfahrungsgemäß weniger aus einer Geldstrafe, die materiell viel schwerer wirkt. Es ist das vom Standpunkt des Korpsegeistes aus ja eine ganz erfreuliche Erscheinung. Sie zeigt aber umso mehr, wie erwünscht es gerade vom sozialen Standpunkt aus wäre, durch ein derartiges, das Entgegnung mit bereinigtendes Verfahren die erforderliche Kontrolle im Betriebe aufrecht zu erhalten. Der für den Kohlenbergbau in der Novelle angeordnete Weg, die unvorrichtsmäßig beladenen Wagen zu sortieren und dann nur den ermittelten Inhalt etwa zu befrachten, ist vollständig ungangbar, da die Kosten viel zu hoch werden. Auch ein Weg, etwa der gesamten Förderwagen in unzulässig. Das geschieht auch in England nicht, sondern es werden dort nur Stichproben herausgegriffen. Man wird also von einer Kontrolle der Förderung in dieser Art ganz absehen müssen und sich auf das Einführen von Strafen für unrein oder mangelhaft geladene Förderwagen beschränken. Das trifft den Arbeiter tatsächlich viel schwerer, selbst wenn die monatliche Strafsumme den doppelten Tageslohn nicht übersteigen darf. Um keinen Preis wird für nachlässige Förderung auszustellen, wenn diese Zahl früh im Monat schon erreicht wäre, muß den Leuten dann einfach gestundet werden. Für ein geübliches Arbeiten sicher kein Vorteil! Der Staat ist an der Saar da in einer viel günstigeren Lage; er kennt, wenn Geldstrafen nicht wirksam sind, das dringende Verlangen auf eine andere Grube oder sogar ein achtzigstündiges Aufbehalten als Strafe. Das kann er natürlich nur dort durchführen, wo er, wie im Saarländer Bezirk, der einige Arbeitgeber ist. Allerdings kennt man auf der Saar die Lage der Arbeiterkraft nach dieser Richtung durch das Abkömmling des Nullens nicht günstiger werden würde. Noch viel mehr sollte sich aber das breite

konsumierende Publikum klar darüber werden, wie wichtig in seinem Interesse das Beibehalten des gegenwärtigen Zustandes wäre. Die Gruben sind an dieser Sache überhaupt nicht in erster Linie interessiert, sondern mehr die Abnehmer, die Gefahr laufen, eine unreine Kohle zu bekommen. Gerade sie sollten also dahin wirken, daß ein so ideales Strafverfahren, besonders vom Standpunkt des Arbeiters aus — denn die abgezogenen Lohnbeträge fallen zudem noch in die Unterstützungskasse — beibehalten wird. Daß ein unbedingtes Streichen von Wagen durchweg nicht stattdessen hat, geht aus den Unterredungen hervor. Außerdem sind ja aber auch die künftigen Aufschüsse der Gruben vorhanden, die sicher eingetrennt würden, wenn da einzelnen Stellen mäßiglich vorgegangen werden sollte. Die hervorragende Ausbildung der deutschen Bergleute, die uns das Ausland ebenbürtig nachmachen wird wie den deutschen Studenten oder den deutschen Offizieren, sollte durch das Vorhandensein einer sicheren Kontrolle der Beibehaltung des bisherigen, für den Arbeiter günstigeren Verfahrens ermöglicht werden trotz des sozialdemokratischen Gefährdes und des leichtgläubigen Publikums, was da mitzulassen pflegt.

Auf einem ganz ähnlichen Boden steht die Einführung einer kürzeren Schichtdauer bei Gruben mit mehr als 22 Grad C. durchschnittlicher Wärme vor den Betriebspunkten. Die hygienischen Gründe, mit denen diese Maßregel motiviert wird, treffen schon deshalb nicht zu, weil der Bergmann sein Arbeitstempo, also das Maß seiner individuellen Anstrengung, freier bestimmen kann als irgend ein anderer, vor allen Dingen ein solcher, der im Tempo seiner Maschine mitarbeiten muß. Aber auch die Temperaturgrenze von 22 Grad ist ganz willkürlich und zu niedrig gewählt. Man vergesse nur, unter welchen Bedingungen der Kohlenarbeiter gelegentlich doch auch schwer arbeiten muß und auf eine sehr viel längere Zeit. Es sprechen außer der Temperatur der Feuchtigkeit der Luft, die Stärke der Hitze, die mehr oder weniger aufrechte Haltung des Arbeiters usw. viel mehr mit, so daß, abgesehen von den einzigen Verzeirern, die diese Temperaturfestsetzungen mit sich bringen würden, die auch noch gar keine sachlich entscheidende Grundlage geben. Der Bergbauverein in Eilen hat, um Material nach dieser Richtung zu sammeln, vor, von anerkannten Hygienikern bezügliche Ermittlungen anstellen zu lassen. Er hat übrigens jetzt schon festgestellt, daß die in den Motiven behauptete Temperaturerhöhung in den Gruben durch das Tieferwerden der Schächte seit 15 Jahren nicht in dem angegebenen Umfang eingetreten ist. Die Durchführung einer derartigen Maßregel würde auch dadurch noch besonders schädlich wirken, daß in größeren Betrieben, wenn in einem Teil des Feldes nur für ein paar Arbeiter werden dürfte, dann doch die gesamte Schichtdauer verringert wird, weil ein getrenntes Ausfahren erst recht nicht möglich ist, ohne die Dauer der Schichtzeiten über jedes zulässige Maß hinaus zu verlängern. Im übrigen liegt ein allgemeines Bedürfnis zur Einführung einer derartigen hygienischen Arbeitszeit auch gar nicht vor, denn der § 197 des heutigen Berggesetzes belagt schon, daß die Oberbergämter befugt sind, für den ganzen Umfang ihres Verwaltungsbezirks oder für einzelne Teile desselben, also auch für einzelne Gruben, besondere Polizeiverordnungen zu erlassen, die die Arbeitszeit usw. nicht, regeln. Es können dann die verschiedenen, im Einzelfalle maßgebenden Verhältnisse berücksichtigt und eine sachgemäße Entscheidung getroffen werden, als die automatische beim Eintritt einer mittleren Temperatur von 22 Grad. Daß also derartige Verfügungen der Arbeitszeit natürlich zu einer Erhöhung der Schichtzeiten und damit der Lohnpreise führen, ist selbstverständlich. Sie tun dies umso mehr, als die Ausgaben für Bauhaltung des Bergwerks und die Kosten für die Verhaltung des Bergwerks also nicht über das Maß der reinen Lohnverteilung hinausgeht.

Noch viel schwieriger und bedenklicher als die Frage des Wagnis und des Maximalarbeitszuges aber, über die sich zum mindesten diskutieren läßt mit der Aussicht auf eine allgemeine Verständigung, ist es mit der in der Novelle vorgeschlagenen Einführung obligatorischer Arbeiterauschüsse befaßt. Insbesondere hier muß die gesamte Industrie sich fassen, daß diese Ausschüsse allmählich überall kommen werden, wenn der Bergbau den Anfang macht. Es liegt unserm Grundsatz auf der Hand, daß solche Ausschüsse, wenn sie wie vorgeschlagen, gewählt werden, nicht den Ausdruck des besonnenen schlichten Teiles der Belegschaft bilden, sondern unter den Einfluß der jugendlichen Schreier und in weiterer Folge der sozialdemokratischen Agitation fallen werden. Es wurde verschiedentlich hervorgehoben, daß gerade in Fällen von Ausständen heute schon freiwillig gewählte Ausschüsse sich zurückziehen und das Feld irgend einer sozialdemokratischen Streikleitung überlassen haben. Auch die Erfahrungen im Saarländer Bezirk nach der Richtung keineswegs ermutigend. Die Ausschüsse haben in den ihnen zuteilenden Fragen ziemlich verlagert, wohl aber Reizung gehabt, sich um andere zu kümmern, die sie nicht

angehen. Und auch bei den künftigen Gruben in Obersachsen werden künftig wieder die vorhandenen Ausschüsse den Zeilaufstand unter Kontraktbruch auch nicht verhindert. Die Einführung der obligatorischen Arbeiterauschüsse würde höchst wahrscheinlich nur der Sozialdemokratie förderlich sein, ihren Einfluß vergrößern, ja ihn ausschlaggebend für die Arbeiterkraft machen und so die in sozialdemokratischer Lager zwingen. Die Unternehmer aber würden in eine widerwärtige Abhängigkeit, von der Sozialdemokratie gelangen, zum mindesten aber genötigt werden, mit dieser Gesellschaft fortwährend zu verhandeln und zu verfahren. Daß eine Belegschaft von 100 Mann schon die Grube abgeben soll, wo die Verwaltung nicht mehr die erforderliche Führung mit den Leuten habe, um einen Ausbruch entbehrlich zu machen, muß ebenfalls befrachten werden. Das ist auch bei 300 oder 500 Leuten noch recht wohl möglich. Nebenfalls müßten in dem Wahlverfahren Klaukeln gegeben werden, daß die Ausschüsse sich nicht nur zu rein sozialdemokratischen Konventionen auszuweichen, sondern daß auch die Mitglieder der Betretung finden, wobei man es als fraglich ansehn kann, ob eine geheime Wahl dem Terrorismus der Sozialdemokratie gegenüber nicht auch einen gewissen Vorteil böte. Daneben wäre für das altäre Wahlrecht eine mindestens dreijährige Arbeitszeit auf der Grube, für das positive eine fünfjährige und ein Mindestalter von 35 Jahren vorzusehen, damit der Ausschuss tatsächlich ein Bild der angestammten schlichten Belegschaft darstellt. Außerdem wäre die selbstverständliche Bindung deutlich festzulegen, daß mit dem Ausschüsse aus dem Arbeitsverhältnis auch die Stellung im Arbeiterauschuss von selbst aufhört. Wenn auf solche Art eine verhängnisvolle Vertretung der Arbeiterkraft erzielt werden könnte, so wäre mit einer solchen ja eine ganze Reihe von Fragen wiederum zu befrachten. Es bliebe aber das große Bedenken bestehen, daß alle derartigen Wahlen stets eine Erregung auch in sonst noch ruhig geliebte Belegschaften hineinbringen und dem Eindringen sozialdemokratischer Agitation damit unlegbar ein gewisses Bett geben würden. Jedenfalls genügt auch hier der zeitliche gesetzliche Zustand, nach dem Arbeiterauschüsse freiwillig eingerichtet werden können, und insonderheit haben gerade die kontradiktorischen Untersuchungen im Auerbergbau den Beweis geliefert, daß das Fehlen von Arbeiterauschüssen untragbare Zustände nicht geschaffen hat, im Gegenteil. Denn wenn eine Arbeiterkraft, wie es in sehr vielen Fällen geschieht ist, ohne jede Anerkennung einer Belegschaft, einfach unter Kontraktbruch, in den Ausstand geht, so ist nicht abzusehen, daß dies bei Befehlen eines Arbeiterauschusses anders gewesen wäre. — Im Gegenteil. Die Arbeitsordnung enthalten durchaus Angaben, an wen etwa vorhandene Beschwerden zu richten sind, die Anbringung solcher wäre also auch jetzt schon möglich gewesen.

Man sieht, wie schwierig die ganze Materie ist, und schon deshalb bedauern wir, daß die beiden Berggesetznovellen so eilig, so überfällig fertiggestellt worden sind und zur Erledigung gedrängt werden. Angesichts des fast accompli oder wollen wir wenigstens hoffen, daß, wenn die Vorlagen einer Kommission übertrafen sein werden, diese sie ira et studio auf das gründlichste jedes für und wider abwägen und danach ihre Beschüsse fassen möge, nicht zu Gunsten oder Ungunsten einer einzelnen Partei, sondern gerecht und zum Wohle der wirtschaftlichen wie politischen Sicherung und Förderung der Allgemeinheit und des Vaterlandes.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 28. März.

Die Vereinfachung des Reichshaushalts.


Was der Schatzplan des Reichshaushalts und aller deutscher Finanzminister nicht hat zuwege bringen können, das hat unter der Führung der Zentrumspartei die Budgetkommission des Reichstages fertig gebracht. Sie hat nicht nur das Reichsbudget von 76 Millionen bis auf den letzten Pfennig beseitigt, sondern auch die Zufußausfälle verschwunden gemacht. Dabei ging die Sache unglücklich einfach zu.

Nach dem schon im vorigen Jahre besprochenen, aber, wie der Staatsrat bewiesen hat, unrichtigen Rezept, ist von den laufenden Ausgaben abgezogen worden die Summe von 8 1/2 Mill. Mk. Ferner sind die Einnahmen der Reichspostverwaltung erhöht worden um 10 „ „ Schließlich ist bei der Beratung der Militärvorlage ein Mehrbetrag der Zolleinnahmen von 14 „ „ durch den Vorreicht veranlaßt worden.

Daraus kommt die Ueberrahme auf Materialbeträge von 24 „ „

Also wurde „erspart“ insgesamt die Summe von 56 1/2 Mill. Mk. Auf diese Weise verblieb „nur“ noch ein Defizit von 19 1/2 Millionen Mark. Die Verbündeten Regierungen erklären sich bereit, diese Kleinigkeit ebenfalls auf die Materialbeträge zu übernehmen und siehe da: Das Defizit war verschwunden! Glücklicher Reichshaushalt, dessen Schulden andere begahlen! Aber nun galt es, die ganze Zufußausfälle zu beseitigen;

DFG



Ersteint seit 1708.

Der Verlag der Halleischen Zeitung.

DFG

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

